

Bezugsgebühr:

Mindestgebühr für Bezieher bei Maßnahmen
gewöhnlicher Bezugung durch unsere
Posten (abends und morgens, am
Samstag und Sonntag nur einmal)
20 Pf. durch auswärtskommunizierende
Posten 30 Pf. bei 3 Br. 50 Pf.
Bei einmaliger Beziehung durch die
Post 20 Pf. ohne Bezeichnung, im Kas-
tens mit entwederdem Aufdruck.
Postkarten oder Artikel u. Original-
Mitteilungen nur mit deutlicher
Quellenangabe (Dresden-Nachrichten) zu
zulassen. Rücksichtliche Honorar-
anträle bleiben unberücksichtigt;
unterschriebene Wandschriften werden
nicht aufbewahrt.

Teleg. Adressen:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

August Reinhardt, Seestr. 15

Gegründet 1876.
Bewährte Präzisions- und kurante Uhren jeder Art.

Lager feinste Uhrenketten und Ringe.
Reparaturwerkstätte für komplizierte und Präzisions-Uhren.



Hauptgeschäftsstelle:
Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Carl.

Einzelne Zeitungsblätter
bis mindestens 3 Uhr. Sonn- und
Feiertag mit Marienfeier bis vor
11 Uhr. Die übrigen Gewerbe-
zeiten von 8 Uhrm. ab bis
20 Uhr. Einzelne Zeitungsblätter
zu 20 Uhr, die einzeln 30 Pf.
Die Nummern nach Samm-
und Reisepäck 10 Pf. Einzelne
Zeitung bis 20 Uhr. Einzelne Zeitungs-
blätter mit einem Sonderabonnement.
Sammelblätter werden zu 10 Pf.
bedient.

Beispielabrechnung:
Mittwoch 11 Uhr 20 Pf.

en gros Robert Windfuhr en détail
15 Grunaer Strasse 15 Filiale: Wettinerstr. 5
Eckhaus Neugasse. Erdgeschoss.
Größtes und reichhaltiges Lager in
Post-, Glückwunsch- und Gratulationskarten.
Beste und billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Raucht PATENT STROMUNDSTÜCK ZIGARETTE. von
EGERTON 3 Pfg.
Egyptian Cigarette Company
Cairo. - Berlin W. 61. - Frankfurt a. M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber,
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Oswald Funke, Schirmgeschäft
Bürgerstrasse 44 Dresden-Pieschen Bürgerstrasse 44
Annahme von Inseraten und Abonnements für die
„Dresdner Nachrichten“.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher u. englischer eleganter Anzug-, Hosen- u. Paletotstoffe Hermann Pörschel,
in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. X Scheffelstrasse 19.

Mr. 38. Spiegel: Deutschland und England. Hofnachrichten. Hochwasser. Straßenbahnschäden. Mutmaßl. Witterung. Dienstag, 7. Februar 1905.

Unser Verhältnis zu England

ist durch die jüngste Rede des Admirals der britischen Admiralität aufs neue in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt worden. Herr Lee, dessen bisher weiteren Freien unbekannter Name durch seine rednerischen Ausfälle gegen Deutschland plötzlich in aller Mund gekommen ist, steht im 38. Lebensjahr, könnte also immerhin bereits genugende praktische Erfahrungen gesammelt haben, um die Schädlichkeit derartiger hochpolitischer Eskapaden zu erkennen und sie folgerichtig zu unterlassen. Bekanntlich beginnt aber bei vielen Menschen der Verstand erst mit dem Schwabmutter, d. h. mit dem 40. Lebensjahr, einzuführen, und so wird es denn wohl auch mit Herrn Lee der Fall sein, vorausgesetzt, daß er sich von seinem heißblütigen Zingosaurus überhaupt noch einmal abwendet und sich eine besinnlichere Auffassung der politischen Dinge aneignet. Herr Lee ist eines urprünglichen Zeichens Offizier, wurde später Militärratsschul in Washington, wo er sich eine Tochter der Yankees zur Frau nahm, betrat 1900 die parlamentarische Laufbahn und erhielt 1903 seine Ernennung zum Admiral der Admiralität. Mit leichterer Würde hat es folgende Beweislinie: Das englische Marineamt untersieht in seiner Überleitung dem ersten Lord der Admiralität, der als junger Mitglied des Kabinetts ist; diesem sind 4 Seelords — Navallords — und ein Admiral, der zugleich Mitglied des Parlaments sein muss, untergeordnet. Es kann hier nach seinem Zweifel unterliegen, daß Herr Lee in der Tat einen verantwortlichen Posten inne hat, ein Umstand, der seinen deutlich sinnlichen Auslassungen ein besonderes Gewicht gibt. Auswischen hat der britische Marineminister bereits selbst die Tragweite seiner Entfernung erkannt und sucht sie nun abzuschwänzen, indem er in einer Anschrift an den „Standard“ die Schuld auf die böse Presse schiebt und erklärt, seine am 2. Februar in East-Leigh gehaltene Rede sei von den Zeitungen unrichtig wiedergegeben worden. Er habe dem Sinne nach folgendes gehabt: Die englische Flotte ist jetzt strategisch für jeden denkbaren Fall vorbereitet; denn wir müssen angenehmen, daß alle fremden Seemächte mögliche Feinde sind. Infolge des Wachstums der neuen Seemächte haben wir leider mehr mögliche Feinde, als früher und müssen unsere Augen sorgsam nicht nur auf das Mittelmeere Meer und den Atlantischen Ozean, sondern ebenso auf die Nordsee gerichtet halten.“ Der „Standard“ bemerkt hierzu, es sei „ganz klar“, daß Lee „an keine bestimmte Macht“ gedacht habe. Die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und Russland wären sämtlich mit Deutschland unter den möglichen Feinden eingegrenzt. Wie wenig diese abschwächende Erklärung, die noch dazu nicht einmal die mitgeteilten Schilderungen dementiert, besagt, erhebt aus dem Umstand, daß Russland augenblicklich als führende Flottenmacht nicht mehr mitzählt und England zu Amerika, Frankreich und Italien in den denksort bestehen und freundlichkeiten Beziehungen steht. Es ist also unbestreitbar, daß der Redner nur Deutschland im Auge gehabt hat.

In der deutschen Presse, soweit sie sich bis jetzt über den Fall ausspricht, werben die Lee'schen Auslassungen allgemein als ein scharf unfreundlicher Angriff, als eine schlimme Drohung aufgefaßt, die um nichts dadurch gemildert erscheint, daß der Redner es vermieden hat, direkt den Namen des Deutschen Reichs zu nennen. Was eigentlich durch solche über den Kanal hinübergebrachten Drohungen von amtlicher Stelle aus bezweckt werden soll, ist einigermaßen unerfindlich; denn daß wir uns dadurch einschüchtern ließen, glauben die Herren doch wohl selbst nicht. Die deutschen Blätter stimmen denn auch in der Feststellung der selbstverständlichen Tatsache, daß wir unter allen Umständen den uns von unserem nationalen Interesse vorgezeichneten Gang in der Weltpolitik weiter gehen und insbesondere den Ausbau unserer Flottenmacht in einem Umfang, wie er unseren weiteren Bedürfnissen entspricht, auch ferner betreiben und zu Ende führen werden. Das ist eine reine innere Angelegenheit des Deutschen Reichs, die keine fremde Macht etwas angeht. Gleichwohl sind unsere leitenden amtlichen Kreise England gegenüber stets loyal genug gewesen, um die Unterstellung, daß wir mit unserer Flottenpolitik aggressive Pläne gegen Großbritannien hegten, mit aller Entschiedenheit als eine völlig unbegründete Verdächtigung zurückzuweisen. Der Reichskanzler Graf Bülow hat noch unmittelbar, bevor der Reichstag feierlich in die Weihnachtsferien ging, vor versammeltem Hause förmlich und feierlich erklärt und alle nationale Mitglieder an unserem Flottenprogramm als Zeugen dafür aufgerufen, daß unsre Flotte keine anderen als defensive Zwecke verfolgt und daß es auch in Zukunft so bleiben wird. Dafür sorge nicht nur unser Friedensbedürfnis — selbstverständlich, wie der Kanzler nicht unterlich hinzufügen, daß Bedürfnis eines Friedens in Ehren —, sondern auch die rapide Zunahme der maritimen Machtmittel aller übrigen seefahrenden und seefestigten Nationen. Der Kreis der seefahrenden Nationen habe sich in den letzten Jahren viel zu rasch entwickelt, als daß irgend eine Macht den Anspruch auf universelle Seeherrschaft erheben könnte. „Was hat heute“, so führte der Reichskanzler wörtlich weiter aus, „ein Volk gewonnen, wenn es einen seiner maritimen Nebenbuhler niederkriegt? Es wird vielleicht den wirtschaft-

lichen Organismus dieses Gegners zerstören, aber es wird sicher auch seinem eigenen Handel die schwersten Wunden zufügen. Es wird die Gleichheit der anderen befürchten, die mit Vergnügen die leeren Plätze auf dem Weltmarkt einnehmen und sich auf ihnen häuslich einrichten würden. Auch wer als Sieger aus einem solchen Krieg zurückkehrt, würde nicht ohne den schwersten und dauerndsten Schaden die friedliche Arbeit wieder aufnehmen.“

Das ist dem ganzen deutschen Volke aus der Seele gesprochen. In Deutschland besteht nicht die mindeste Neigung zu einem kriegerischen Anbinden mit England, und die Vorstellung, die deutsche Flotte könne eines Tages heimtückisch über das Inselreich herfallen, ist so frankhaft albern, daß sie auf die Intelligenz derjenigen, die sich von ihr befreiten lassen, kein schmeichelhaftes Licht wirkt. Wie jogt doch Fürst Bismarck? „Es ist nicht deutsche Art, mitten im Frieden auf ein Nachbarvolk einen unchristlichen Überfall zu machen.“ Das gilt heute so gut wie gestern und wird immer gelten, so lange unser Volk sein echtes, tiefes, innerliches Deutschtum behält. Worin soll denn also eigentlich die Ursache zum Kriege zwischen den beiden Staaten gefunden werden? Es gibt nur eine Antwort darauf: in dem blässen wirtschaftlichen Kreide, der die Engländer uns gegenüber bilden. Unsere wirtschaftliche Tüchtigkeit, die sich unsererlichen Vettern auf dem gesamten Weltmarkt an allen Ecken und Enden empfindlich fühlbar macht, ist den Engländern ein Dorn im Auge, und die durch unsere industrielle und kommerzielle Überlegenheit erzeugte Scheelacht hat allgemein in weiten Kreisen des britischen Volkes eine Stimmung erzeugt, die mit Gewalt unteren weiteren wirtschaftlichen Aufschwung hindern möchte, genau so, wie seinerzeit die Spaniolen unserer nationalen Einigung sich in den Weg zu stellen jachten. Die wirtschaftliche Gerechtigkeit hat sich auch auf das politische Gebiet übertragen, und so ist Deutschland für England heute der allgemeine Böse geworden, den man dem britischen Publikum zeigt, sobald irgend etwas Unangenehmes für England auf dem Welttheater vorgeht. Deutschland verschafft alles Böse für England: es schlägt mit Russland einen anti-englischen Geheimvertrag, es verhinderte die erfolgreiche Ausnutzung der englischen Tibet-Exposition, es setzte mit raffiniertem Vorbedacht die Holloste in Szene, um England in einen Krieg mit Russland zu verwickeln und dabei selbst die Rolle des sich freudenden Dritten zu spielen, und so fort. Deutschland muß daher in einen Zustand verkehrt werden, worin es Großbritannien nicht mehr schaden kann, und deshalb — der „Army and Navy Gazette“ blieb es vorbehalten, dies mit zynischer Offenheit auszusprechen — soll England die Initiative ergreifen, um eine weitere Vergrößerung der deutschen Flotte mit Gewalt zu verhindern. Auf denselben Ton, nur mit etwas gemilderter Absenten, ist auch die Rede des Herrn Lee gestimmt.

Das deutsche Verhalten ist demgegenüber bis jetzt außerordentlich korrekt geblieben, und man hat sich von unserer Seite furchtlos gefühlt. Solche Furcht zu geben und die Grenzen der nothwendigen, im Interesse der nationalen Würde gebotnen Abwehr zu überschreiten. Die britischen Pressefindungen über angebliche hinterhältige anti-englische Treiberwerke der deutschen Politik sind von Berlin aus ähnlich klar und unzweideutig dementiert worden, und die deutsche Presse hat dazu den nötigen Kommentar gegeben. Im übrigen aber haben unsere nationalen Elemente sich durch alle die bitteren Erfahrungen der letzten Zeit nicht abschrecken lassen, die haben wie drüben sich geltend machenden Bestrebungen zur Verbesserung des deutsch-englischen Verhältnisses mit ihrer Sympathie zu begleiten. Das freilich auch hier bestimmte Grenzen gezogen sind, und daß sich schließlich im Deutschen Reich niemand mehr finden wird, der solche Bemühungen unterstützt, wenn in England selbst die öffentliche Meinung in Verbindung mit einem Teile der amtlichen Kreise mehr und mehr einem blinden, jeder vernünftigen Erwägung unzugänglichen Deutschenhaß anheimfällt, muß ebenfalls bewertet werden. Trotz aller Schwierigkeiten in denen, die gegenwärtig der Herstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und England im Wege stehen, können und müssen wir immer noch an der Hoffnung festhalten, daß sich der Ausblick verwirkt werden, der der Reichskanzler Graf Bülow in die Zukunft der beiden Staaten in seiner Reichstagssrede vom 5. Dezember 1904 mit den von lebhaftem altherigem Beifall begleiteten Worten eröffnete: „Ich kann mir nicht denken, daß der Gedanke eines deutsch-englischen Krieges bei den vernünftigen Leuten in beiden Ländern ernstlichen Anlaß finden sollte. Sie erwägen nüchtern den ungeheuren Schaden, den auch bei günstigem Ausgang ein solcher Krieg über das eigene Land bringen würde, und die Rechnung ergibt, daß der Einsatz für die sicherer Verluste viel zu hoch ist. Ich hoffe, die Schicksale beider Länder werden immer von den fühligen Köpfen bestimmt werden, die wissen, daß Deutschland und England nicht nur für die Gegenwart, sondern für alle Zukunft, soweit sie dem menschlichen Auge erkennbar ist, mit der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen friedlichen Beziehungen am besten dienen ist.“

Neueste Drahtmeldungen vom 6. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Pru.-Tel.) Der Nachtragsetat für Südmärschstraßen wird in dritter Lesung einstimmig angenommen. — Abg. Röhm (Frei. Volksp.) begründet die Interpellation seiner Freunde: „Welche Stellung nimmt der Reichskanzler ein gegenüber der im preußischen Abgeordnetenhaus beantragten und von den Vertretern der königl. preuß. Staatsregierung gebilligten Einführung von Gebühren auf die natürlichen Wasserstraßen?“ Es geht auf eine vor Jahren abgegebene Erklärung des Reichskanzlers, wonach nach den Verträgen eine Abgabe auf den Verkehr auf natürlichen Wasserstraßen nicht erhoben werden dürte. Im Widerstreit damit sieht die Zustimmung der preußischen Staatsregierung zu der Forderung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses auf Einführung solcher Abgaben. Die Zustimmung im Artikel 54 der Reichsverfassung ist aber durchaus ungewiecht. Nach jahrdienstigem Urteil sonnten Korrekturen an natürlichen Wasserstraßen deren Charakter als solche nicht ändern. Ein Aufzug auch wenn er mit den Hilfsmitteln der Technik noch so sehr für Schifffahrtswese vervollkommen sei, bleibt eine natürliche Wasserstraße im Sinne des Artikels 54 im Gegensatz zu den künstlich geschaffenen Wasserstraßen. Eine Änderung der Reichsverfassung sei auf den natürlichen Wasserstraßen eine Abgaben-Erhebung sinnhaft. Dazu können die internationales Verträge, die Elbhafte- und die Rheinichtjahrs-Alte. Hinrichlich der Elbe sei noch 1870, nachdem für Korrektur dieses Flusses bereits 30 Millionen verausgabt worden waren, ausdrücklich erlaubt worden, daß die bis dahin erhobenen Elbhafte-Abgaben rechtswidrig waren. Man sage, der an natürlichen Wasserstraßen armere Elbe, der auf seinen zahlreichen künstlichen Wasserstraßen Abgaben zu zahlen gezwungen sei, bedürfe des Ausgleichs dadurch, daß auch im reichen Weißen Wasserstraßen-Abgaben zu zahlen seien. Da wäre es doch richtiger, im Elbe die Abgaben aufzuheben. Der Verfehr habe sich auf die Abgabentreite der Wasserstraßen auf Grund von Verträgen und Verfassung eingerichtet, und es wäre ein Irrtum, hierin etwas zu ändern. Die geplanten Abgaben würden die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt benachteiligen, und das gerade jetzt, wo die ohnehin durch die Handelsverträge, falls die angenommen werden sollten, schwer geschädigt werden würde. — Staatssekretär Graf von Bismarck verzweifelt auf die am 10. Dezember 1903 von Reichskanzler und späterhin von ihm selbst abgegebene Erklärung, dahingehend, daß sein Zweck daran bestehen könne, daß, wenn die Bundesstaaten über die in Artikel 54 gezogenen Grenzen hinaus Abgaben erheben wollen, dazu eine Änderung der Verfassung, sowie eine Einigung mit den Vertragsstaaten erforderlich sei. Wenn die preußische Regierung die Absicht zu erkennen gegeben habe, durch geeignete Schritte eine Belebung der bestehenden Ungleichheit zwischen natürlichen und künstlichen Wasserstraßen und somit ihrer natürlichen Wasserstraßen in bezug auf die Abgaben-Erhebung herbeizuführen, so besteht kein Anlaß zu zweifeln, daß sie, um die entgegengestellten Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, dass die Genehmigung nachsuchen werden, soweit diese nach dem Gesetz erfordert ist. Aber wenn die preußische Staatsregierung mit entsprechenden Anträgen an das Reich herantritt, sollte, wie den Organen des Reiches Anlaß haben, sachlich hierzu Stellung zu nehmen. — Abg. David (Soz.) bezeichnet die Antwort des Staatssekretärs als durchaus unzureichend. Sie schlägt nicht aus, daß die preußische Regierung die Absicht zu erkennen gegeben habe, durch geeignete Schritte eine Belebung der bestehenden Ungleichheit zwischen natürlichen und künstlichen Wasserstraßen und somit ihrer natürlichen Wasserstraßen in bezug auf die Abgaben-Erhebung herbeizuführen, so besteht kein Anlaß zu zweifeln, daß sie, um die entgegengestellten Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, dass die Genehmigung nachsuchen werden, soweit diese nach dem Gesetz erfordert ist. Aber wenn die preußische Staatsregierung mit entsprechenden Anträgen an das Reich herantritt, sollte, wie den Organen des Reiches Anlaß haben, sachlich hierzu Stellung zu nehmen. — Abg. Gottschalk (Frei. Vereinig.) erinnert daran, daß bei der Korrektion der Unterwasser das ganze Zentrum hinter Windhoek getroffen habe, der eine Änderung der Reichsverfassung verlangte, wenn auf der Unterwasser Abgaben nötig werden sollten. Das Zentrum mache sich also gegen damals einer angeheuerten Aktionen schuldig. Die Erklärung des Staatssekretärs sei vollständig nichts sagend, denn sie geht nicht auf den Kern der Sache ein, insoweit resp. ob Artikel 54 auch für korrigierte Küstenseen gälte. Wenn Herr David hätte dagegen aus seinen Herren sitzen, so der eigentliche innere Feind wäre. Abg. Oetel erklärt namens des Zentrums, wir unterscheiden und allerdings der Afrika, das Afrika, die ausgiebig auf weitesten Strecken reguliert sind, als künstliche Wasserstraßen angesehen werden und das also seitens des Staates auf ihnen Abgaben erhoben werden dürfen. Ich persönlich und viele meiner Freunde machen auch gar kein Hehl daraus, daß wir Artikel 54 am liebsten ganz aufgehoben sehen möchten, nicht aus Liebe zu den preußischen Jägern, sondern weil auch unsere kleinen Bauern ein Interesse gegen die Betriebs-Einfahrt haben. — Abg. Gottschalk (Frei. Vereinig.) erinnert daran, daß bei der Korrektion der Unterwasser das ganze Zentrum hinter Windhoek getroffen habe, der eine Änderung der Reichsverfassung verlangte, wenn auf der Unterwasser Abgaben nötig werden sollten. Das Zentrum mache sich also gegen damals einer angeheuerten Aktionen schuldig. Die Erklärung des Staatssekretärs sei vollständig nichts sagend, denn sie geht nicht auf den Kern der Sache ein, insoweit resp. ob Artikel 54 auch für korrigierte Küstenseen gälte. Wenn Herr David hätte dagegen aus seinen Herren sitzen, so der eigentliche innere Feind wäre. Abg. Oetel erklärt namens des Zentrums, wir unterscheiden und allerdings der Afrika, das Afrika, die ausgiebig auf weitesten Strecken reguliert sind, als künstliche Wasserstraßen angesehen werden und das also seitens des Staates auf ihnen Abgaben erhoben werden dürfen. Ich persönlich und viele meiner Freunde machen auch gar kein Hehl daraus, daß wir Artikel 54 am liebsten ganz aufgehoben sehen möchten, nicht aus Liebe zu den preußischen Jägern, sondern weil auch unsere kleinen Bauern ein Interesse gegen die Betriebs-Einfahrt haben. — Abg. Gottschalk (Frei. Vereinig.) erinnert daran, daß bei der Korrektion der Unterwasser das ganze Zentrum hinter Windhoek getroffen habe, der eine Änderung der Reichsverfassung verlangte, wenn auf der Unterwasser Abgaben nötig werden sollten. Das Zentrum mache sich also gegen damals einer angeheuerten Aktionen schuldig. Die Erklärung des Staatssekretärs sei vollständig nichts sagend, denn sie geht nicht auf den Kern der Sache ein, insoweit resp. ob Artikel 54 auch für korrigierte Küstenseen gälte. Wenn Herr David hätte dagegen aus seinen Herren sitzen, so der eigentliche innere Feind wäre. Abg. Oetel erklärt namens des Zentrums, wir unterscheiden und allerdings der Afrika, das Afrika, die ausgiebig auf weitesten Strecken reguliert sind, als künstliche Wasserstraßen angesehen werden und das also seitens des Staates auf ihnen Abgaben erhoben werden dürfen. Ich persönlich und viele meiner Freunde machen auch gar kein Hehl daraus, daß wir Artikel 54 am liebsten ganz aufgehoben sehen möchten, nicht aus Liebe zu den preußischen Jägern, sondern weil auch unsere kleinen Bauern ein Interesse gegen die Betriebs-Einfahrt haben. — Abg. Gottschalk (Frei. Vereinig.) erinnert daran, daß bei der Korrektion der Unterwasser das ganze Zentrum hinter Windhoek getroffen habe, der eine Änderung der Reichsverfassung verlangte, wenn auf der Unterwasser Abgaben nötig werden sollten. Das Zentrum mache sich also gegen damals einer angeheuerten Aktionen schuldig. Die Erklärung des Staatssekretärs sei vollständig nichts sagend, denn sie geht nicht auf den Kern der Sache ein, insoweit resp. ob Artikel 54 auch für korrigierte Küstenseen gälte. Wenn Herr David hätte dagegen aus seinen Herren sitzen, so der eigentliche innere Feind wäre. Abg. Oetel erklärt namens des Zentrums, wir unterscheiden und allerdings der Afrika, das Afrika, die ausgiebig auf weitesten Strecken reguliert sind, als künstliche Wasserstraßen angesehen werden und das also seitens des Staates auf ihnen Abgaben erhoben werden dürfen. Ich persönlich und viele meiner Freunde machen auch gar kein Hehl daraus, daß wir Artikel 54 am liebsten ganz aufgehoben sehen möchten, nicht aus Liebe zu den preußischen Jägern, sondern weil auch unsere kleinen Bauern ein Interesse gegen die Betriebs-Einfahrt haben. — Abg. Gottschalk (Frei. Vereinig.) erinnert daran, daß bei der Korrektion der Unterwasser das ganze Zentrum hinter Windhoek getroffen habe, der eine Änderung der Reichsverfassung verlangte, wenn auf der Unterwasser Abgaben nötig werden sollten. Das Zentrum mache sich also gegen damals einer angeheuerten Aktionen schuldig. Die Erklärung des Staatssekretärs sei vollständig nichts sagend, denn sie geht nicht auf den Kern der Sache ein, insoweit resp. ob Artikel 54 auch für korrigierte Küstenseen gälte. Wenn Herr David hätte dagegen aus seinen Herren sitzen, so der eigentliche innere Feind wäre. Abg. Oetel erklärt namens des Zentrums, wir unterscheiden und allerdings der Afrika, das Afrika, die ausgiebig auf weitesten Strecken reguliert sind, als künstliche Wasserstraßen angesehen werden und das also seitens des Staates auf ihnen Abgaben erhoben werden dürfen. Ich persönlich und viele meiner Freunde machen auch gar kein Hehl daraus, daß wir Artikel 54 am liebsten ganz aufgehoben sehen möchten, nicht aus Liebe zu den preußischen Jägern, sondern weil auch unsere kleinen Bauern ein Interesse gegen die Betriebs-Einfahrt haben. — Abg. Gottschalk (Frei. Vereinig.) erinnert daran, daß bei der Korrektion der Unterwasser das ganze Zentrum hinter Windhoek getroffen habe, der eine Änderung der Reichsverfassung verlangte, wenn auf der Unterwasser Abgaben nötig werden sollten. Das Zentrum mache sich also gegen damals einer angeheuerten Aktionen schuldig. Die Erklärung des Staatssekretärs sei vollständig nichts sagend, denn sie geht nicht auf den Kern der Sache ein, insoweit resp. ob Artikel 54 auch für korrigierte Küstenseen gälte. Wenn Herr David hätte dagegen aus seinen Herren sitzen, so der eigentliche innere Feind wäre. Abg. Oetel erklärt namens des Zentrums, wir unterscheiden und allerdings der Afrika, das Afrika, die ausgiebig auf weitesten Strecken reguliert sind, als künstliche Wasserstraßen angesehen werden und das also seitens des Staates auf ihnen Abgaben erhoben werden dürfen. Ich persönlich und viele meiner Freunde machen auch gar kein Hehl daraus, daß wir Artikel 54 am liebsten ganz aufgehoben sehen möchten, nicht aus Liebe zu den preußischen Jägern, sondern weil auch unsere kleinen Bauern ein Interesse gegen die Betriebs-Einfahrt haben. — Abg. Gottschalk (Frei. Vereinig.) erinnert daran, daß bei der Korrektion der Unterwasser das ganze Zentrum hinter Windhoek getroffen habe, der eine Änderung der Reichsverfassung verlangte, wenn auf der Unterwasser Abgaben nötig werden sollten. Das Zentrum mache sich also gegen damals einer angeheuerten Aktionen schuldig. Die Erklärung des Staatssekretärs sei vollständig nichts sagend, denn sie geht nicht auf den Kern der Sache ein, insoweit resp. ob Artikel 54 auch für korrigierte Küstenseen gälte. Wenn Herr David hätte dagegen aus seinen Herren sitzen, so der eigentliche innere Feind wäre. Abg. Oetel erklärt namens des Zentrums,